



DIE LINKE. Delmenhorst – Hasporter Damm 167 – 27755 Delmenhorst

Kreisverband Delmenhorst
Geschäftsführender Vorstand

Jörg Dombrowe

Peter Vogel

Jürgen Laugwitz

Postanschrift:

Hasporter Damm 167

27755 Delmenhorst

Tel.: 04221-61160

Fax.: 04221-2989768

PRESSEMITTEILUNG

Sonntag, 1. Juli 2007

Der Kreisverband Delmenhorst der Partei DIE LINKE lehnt die Rechtfertigung des Mauerbaus sowie der Aktivitäten der Staatssicherheit (Stasi) der DDR durch die neu gewählte Landtagsabgeordnete Christel Wegner entschieden ab. Wegner hatte in einem Fernsehinterview gesagt, der Bau der Mauer in Berlin sei richtig gewesen, um Bürger der Bundesrepublik daran zu hindern, in die DDR zu reisen. Auch müsse eine Organisation wie die Staatssicherheit wieder geschaffen werden, wenn Staat und Gesellschaft in Deutschland neu formiert würden. Wegner war als DKP-Mitglied auf einer offenen Landesliste der Linkspartei auf Platz 9 in den Landtag gewählt worden und hat inzwischen mitgeteilt, dass sie ihr Mandat nicht niederlegen sondern für die DKP beanspruchen werde.

Jörg Dombrowe und Peter Vogel, beide Sprecher der Linkspartei in Delmenhorst, erklären dazu: „Im Grunde macht Frau Wegner das, was wir als Linkspartei den Mandatsträgern der bürgerlichen Parteien schon seit Jahren vorwerfen: Mit üblen Tricks und Täuschungen ein politisches Mandat auszuüben, dient nicht den Interessen der Menschen und stellt eine katastrophale Verfälschung des Wählerwillens dar. Frau Wegner ist mit dem Ticket der Linkspartei in den Landtag gewählt worden. Ihre Handlungsweise ist politischer Betrug an den Wählerinnen und Wählern und markiert einen Tiefstand der politischen Kultur auch innerhalb der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die nun auch bundesweit isoliert und unglaubwürdig dastehen wird“. Wer ein derart abgekartetes Spiel betreibt hat das Recht verwirkt, auf Landes- und Bundesebene Solidarität zu erfahren.

Dombrowe und Vogel: „Auf die bisher gute Zusammenarbeit mit Vertretern der DKP in der Region hat dieser Einzelfall keine Auswirkungen. Wir beteiligen uns deswegen an keiner wie auch gearteten Hatz auf kommunistische Mandats-träger, wie dies in den siebziger und achtziger Jahren praktiziert wurde“.